

Rassismusbericht: Vorwürfe gegen Polizei

Die Ausländer- und Muslimfeindlichkeit in der Schweiz nimmt zu – Georg Kreis fordert neutrale Beschwerdestellen

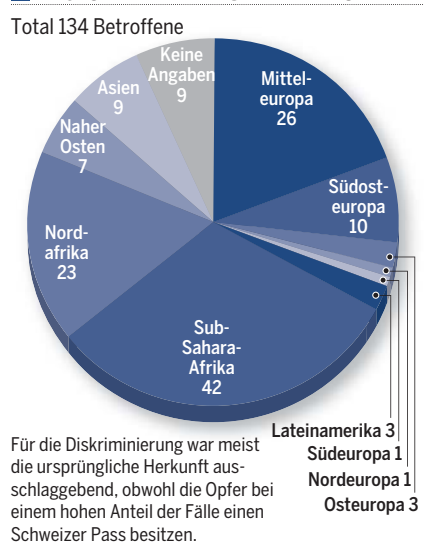
2010 wurden 178 Menschen Opfer rassistischer Übergriffe – das sind knapp 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Auffällig ist: Bei Polizeikontrollen und in der Arbeitswelt häufen sich die Vorfälle. Und viele der Opfer besitzen einen Schweizer Pass.

VON SARAH WEBER

Der dunkelhäutige Familienvater M. ist auf dem Nachhauseweg. Er wird von zwei zivilen Polizisten aufgefordert, sich auszuweisen. M. besitzt einen Schweizer Pass. Er verlangt von den Polizisten, sich ebenfalls auszuweisen, was sie verweigern. M. muss seine Taschen leeren, dabei hält er einen Polizisten am Handgelenk fest, als dieser ihm in die Hosentaschen greift. Darauf drücken die Beamten ihn unsanft ans Polizeiauto. Ob er Lust auf mehr Gewalt habe und wenn es ihm hier nicht passe, könne er ja dorthin zurück, wo er herkomme, sagt der Polizist.

Der neue Rassismusbericht, herausgegeben von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) und humanrights.ch, zeigt: Diskriminierende Vorfälle, in denen die Polizei involviert war, nehmen zu. 2010 waren es 26 Vorfälle, 2009 wurden 16 Fälle gemeldet. Betro-

REGIONALE HERKUNFT DER OPFER



fen sind auch Grenz- und Bahnpolizei. «Wir haben wiederholt Meldungen in Zusammenhang mit Personenkontrollen, bei denen die Polizei unverhältnismässig und in einer diskriminierenden Art und Weise handelt», sagt Annette Lüthi von der Beratungsstelle ggffon. Sie habe Verständnis für die schwierige Arbeit der Polizei, dennoch müssten sie die Menschen fair und ohne Vorurteile behandeln.

Beim Verband der Schweizer Polizeibeamten (VSPB) kontert man die Vorwür-

WO GIBTS ÜBERGRIFFE?

Öffentlicher Raum	25
Polizei	23
Arbeitswelt	23
Quartier	15
Verwaltung	14
Gaststätten/Ausgehlokale	14
Wohnungsmarkt	13
Schule/Weiterbildung	13
Medienberichterstattung	11
Justiz	10
Gesundheitswesen	8
Internet/Blog	8
Öffentliche Verkehrsmittel	7
Sport/Freizeit	5
Kommerzielle Dienste	5
Öffentliche Dienstleistungen	5
Gesetzgebung	5
Sozialversicherung	4
keine Angabe	1

Quelle: Rassismusbericht der EKR, 2011

fe: «Es ist eine Tatsache, dass der Kokainhandel in hohem Masse in den Händen von Schwarzen ist», sagt Generalsekretär Max Hofmann.

ZUDEM NEHME AUCH die Gewaltbereitschaft gegenüber den Beamten zu, so Hofmann. Aber: «Wir sind uns bewusst, dass wir Leute in unseren Reihen haben, die Fehler machen.» Rassistische Übergriffe, die belegt werden könnten, würden hart sanktioniert, so Hofmann.

ANTISEMITISMUS: ZUNAHME VON 25 PROZENT

34 antisemitische Vorfälle wurden im Jahr 2010 bei der Meldestelle des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) registriert. Im Vergleich zu den Zahlen in den letzten zwei Jahren ist das eine **Zunahme von 25 Prozent**. Ein grosser Teil sind antisemitische E-Mails und Briefe, aber auch Schmierereien, verbale Beschimpfungen und Holocaust-Leugnungen gehörten dazu. Besonders häufig sind Vorfälle, wenn es **im Nahostkonflikt zu Eskalationen kommt**. Der SIG schreibt, dass Antisemitismus offenbar kein Tabu mehr sei, sondern «salonfähiger» und vermehrt in der Öffentlichkeit propagiert werde. Seit 2011 macht der SIG auch Internetbeobachtungen von antisemitischen Äusserungen. (SWE)

Insgesamt wurden im aktuellen Bericht 178 Diskriminierungsfälle von 7 Beratungsstellen in der Schweiz ausgewertet – das sind 16 Fälle mehr als im Vorjahr. «Wir gehen aber davon aus, dass die Dunkelziffer deutlich höher ist», sagt Laura Zingale von humanrights.ch.

Die wichtigsten Ergebnisse sind: Verbale Beleidigungen im Zwischenmenschlichen haben zugenommen. Aber auch körperliche Angriffe, Einlassverweigerung in Ausgehlokale und Dro-

hungen kamen häufig vor. Zudem sind Benachteiligungen im Wohnungs- und Arbeitsmarkt in vielen Beratungsstellen ein häufiges Thema. Als Beispiel: Eine deutsche Bewerberin erhält auf eine Bewerbung in der Schweiz eine Absage. Darin steht, dass sie sich überschätze, was ihr als Deutsche wohl im Blut liege, sie solle Bescheidenheit lernen.

Häufigster Grund für die Übergriffe ist Ausländerfeindlichkeit. Am meisten betroffen sind dabei Dunkelhäutige. Aber auch Diskriminierungen gegenüber Muslimen und Menschen aus der Balkanregion waren häufig.

GEORG KREIS, Präsident der EKR, erstaunt diese Entwicklung nicht. «Die Zunahme dieser Fälle ist ein Warnsignal an alle», sagt Kreis. Er kritisiert die ausgrenzende und fremdenfeindliche Stimmung, die von einem Teil der Politiker erzeugt wird. «Dies senkt auch bei Privatpersonen die Hemmschwelle, selbst gegenüber ganzen Gruppen herabsetzend zu handeln», sagt Kreis. Er sieht Handlungsbedarf: Gerade bei Polizeiübergriffen sei es wichtig, dass es in allen Kantonen eine neutrale Beschwerdestelle gebe. Denn: «Die Beweislage ist oft schwierig, und es besteht die verständliche Tendenz, einiges unter den Tisch zu wischen», sagt Kreis. Er fordert zudem mehr staatliche Finanzierung, damit die Menschen in jeder Region niederschwelliger Zugang zu einer Fachstelle haben.

SBB stellen keine dicken Lokführer ein

Auch übergewichtige Billettkontrollure mit einem Body-Mass-Index über 35 fallen bei der Job-Bewerbung durch

VON NADJA PASTEGA

Dicke Post für Übergewichtige: Die SBB stellen keine fettleibigen Lokführer an. Auch beim übrigen Zugpersonal ist Normalfigur Pflicht: Job-Anwärter mit einem Body-Mass-Index (BMI) von 35 und mehr werden abgelehnt.

«Bei Bewerbern für das Lokpersonal, Rangier- und Zugpersonal sollte der BMI unter 35 liegen», bestätigt SBB-Sprecher Daniele Pallecchi. «Das ist eine Vorschrift unserer Aufsichtsbehörde, des Bundesamts für Verkehr.»

Die Richtlinie sei am 1. April 2010 in Kraft getreten, sagt Andreas Windlinger, Sprecher beim Bundesamt für Verkehr (BAV). «Ein BMI von über 35 ist einer von 17 medizinischen Gründen, welche ge-

BMI 35

Gewicht durch das Quadrat der Körpergrösse ergibt den Body Mass Index. Beispiel für BMI 35: ein 1,80 m grosser Mann, der 114 Kilo wiegt.

gen die Anstellung eines Bewerbers als Lokführer, Zug- oder Rangierbegleiter sprechen.» Das BAV macht Sicherheitsgründe geltend. «Ein BMI von über 35 ist sehr oft mit Tagesschläfrigkeit verbunden», sagt Windlinger. Die Vorschrift gelte nur für Bewerber. Das bestehende Personal müsse aber ebenfalls periodische medizinische Checks durchlaufen, bei denen Übergewicht «ein Thema» sei. Insgesamt müssen bei den SBB 2563 Lokführer, 2051 Billettkontrollure und 1568 Rangiermitarbeiter regelmässig auf die Waage.

«DAS IST JA NICHT NORMAL», sagt der Waadtländer PdA-Nationalrat Josef Zisyadis. Der Body-Mass-Index als Anstellungskriterium sei «diskriminierend». «Es ist besonders gravierend, dass ein staatlicher Betrieb das macht», kritisiert Zisyadis. «Das passt zu einer Gesellschaft, in der Übergewichtige irgendwann keine Arbeit mehr finden.»

«Die SBB müssen diese Vorschrift des Bundesamts für Verkehr respektieren und einhalten», sagt Giorgio Tuti von der Eisenbahngewerkschaft SEV. Zudem gelte der BMI-Grenzwert nur bei neuen Anstellungen. Doch auch der SEV ist besorgt: «Das kann den Druck auf die bisherigen Mitarbeiter erhöhen.»

NOCH MEHR ABSPECKEN müssen Jobanwärter bei den Zürcher Verkehrsbetrieben (VBZ). Das öffentliche Verkehrsunternehmen hat den staatlich verordneten BMI bei Neuanstellungen auf 30 gedrückt. Wer darüber liegt, scheidet aus dem Auswahlverfahren aus. «Den Unternehmen steht es frei, den Grenzwert herunterzusetzen», sagt VBZ-Sprecherin Daniela Tobler.

Das Massband wird nicht nur bei den Tram- und Bus-Chauffeuren angelegt, sondern auch bei den Kundenberatern. «Sie leisten ebenfalls regelmässig Fahrdienste in Tram und Bus», so Tobler. Für Mitarbeiter, die bereits bei den VBZ arbeiten und seit ihrer Anstellung zu viele Kilos angesetzt haben, werden verschiedene Massnahmen angeboten, darunter Coaching oder Ernährungsberatung, «allenfalls mit ärztlicher Unterstützung».

DIE SCHLANKHEITS-VORSCHRIFT der VBZ bedeutet: Bei über 550 000 Schweizerinnen und Schweizer würde es eng für einen Job im Führerstand bei den Zürcher Verkehrsbetrieben – so viele Erwachsene haben laut Bundesamt für Gesundheit hierzulande einen BMI von 30 oder mehr.

Duri Beer vom Verband des Personals Öffentlicher Dienste (VPOD) kritisiert die rigide Regelung der Transportbetriebe. Übergewichtige würden im Bewerbungsverfahren benachteiligt. «Zudem kann für Übergewichtige ein Zwang entstehen, der zu weit geht, weil der Arbeitgeber in das Privatleben eingreift.»

Liberal ist dagegen die Post «Wir haben für Postauto-Chauffeure keine Vorschrift wie einen Body-Mass-Index», sagt Post-Sprecher Mariano Masserini: «Man muss einfach in der Lage sein, einen Bus zu fahren.»



Diese junge Lokomotivführerin hat keine Probleme mit dem BMI. ZVONIMIR PISONIC

Franken Stundenlohn für TCS-Berater

VON PIRMIN KRAMER

Palastrevolution an der Delegiertenversammlung des Touring Club Schweiz (TCS): Am Freitag ist der gesamte Verwaltungsrat ersetzt worden. Hintergrund der Neubesetzung ist eine geplante Strukturreform, die neu 24 anstatt wie bisher 8 Verwaltungsräte vorsieht. Der heutige 36-köpfige Sektionsrat soll gleichzeitig abgeschafft werden. Verwaltungsräte, die diese Reform nicht befürworteten, wurden am Freitag in Davos nicht wiedergewählt.

«Die neu gewählten Verwaltungsratsmitglieder hatten den Delegierten versprochen, sich für die Strukturreform einzusetzen», sagt dazu Zentralpräsident Niklaus Lundsgaard-Hansen, der die Wiederwahl schaffte.

ERARBEITET WURDE diese Reorganisation von einer Arbeitsgruppe des Sektionsrates. Die darin mitwirkenden Präsidenten der Sektion Freiburg, Peter Goetschi, und der Sektion Aargau, Thierry Burkart, verrechneten durch ihre Firmen dem TCS für die rechtliche Facharbeit ein Honorar von 375 Franken pro Stunde, wie Lundsgaard-Hansen Recherchen des «Sonntags» bestätigt.

Er gehe nicht davon aus, dass die 24 Verwaltungsräte pro Kopf gleich viel Honorar erhalten würden wie die bisherigen 8, sagt Lundsgaard-Hansen. Das Honorar der Verwaltungsräte lag bisher im Durchschnitt bei rund 50 000 Franken pro Jahr. Er erklärt: «Ob im neuen System für den TCS Mehrkosten entstehen werden, wurde noch nicht abgeschätzt. Die Arbeit im grossen Verwaltungsrat wird sich auf mehr Köpfe verteilen, und die Honorare für den Sektionsrat werden wegfallen.»

Über die geplante Strukturreform wurde bisher nur orientiert, umgesetzt werden soll sie mit einer Statutenrevision an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung im Spätherbst 2011, wie Lundsgaard-Hansen sagt.

Mit 1,6 Millionen Mitgliedern ist der Touring Club Schweiz in den Bereichen Personen- und Fahrzeugassistance die wichtigste Organisation in der Schweiz, wie es auf der Website des TCS heisst.